



Der Weg zum Grundgesetz

Eine Verfassung ist immer Dokument ihrer Entstehungszeit, aber auch Veränderungen unterworfen. Auch das Grundgesetz hat seine eigene Geschichte, ohne die es nicht zu verstehen ist.

➔ 1. Hier seht ihr Dokumente aus der jüngsten Geschichte Deutschlands. Bringt Bilder und Texte in eine chronologische Reihenfolge. Ergänzt diese Daten und Ereignisse durch zusätzliche Informationen, die ihr euch aus Geschichtsbüchern und Lexika besorgt und notiert sie auf einem separaten Blatt.

➔ 2. Fertigt eine Präsentation zur Geschichte des Grundgesetzes an und gliedert diese nach historisch wichtigen Entwicklungen.



1

„Die Regierungen (...) übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden.“

— Berliner Proklamation, 5. Juni 1945



3

— Beitritt der DDR zur Bundesrepublik

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990.

— Artikel 1 [Länder]

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland [...]

„Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn a. Rh. in öffentlicher Sitzung festgestellt, dass das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretung von mehr als zwei Dritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet. Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Absatz 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.“

4



5



7

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte (...).

8

Die Verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.“

— Frankfurter Dokumente, 1. Juli 1948



9

Richtige Reihenfolge:

☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐



Was sind eigentlich Grundrechte?

➡ 1. Löst dieses Begriffsrätsel mithilfe des Grundgesetz-Textes (*Anhang*) und schreibt hinter jede Kästchenreihe die entsprechende Artikelnummer. Die gesuchten Begriffe könnt ihr den Grundrechtsartikeln entnehmen. Die gelb unterlegten Buchstaben ergeben von oben nach unten gelesen ein wichtiges Grundrecht.

1. Männer und Frauen sind ...
2. Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche ...
3. Niemand darf gegen sein ... zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.
4. Die Wohnung ist ...
5. Eigentum ...
6. Alle Deutschen genießen ... im ganzen Bundesgebiet.
7. Politisch Verfolgte genießen ...
8. Das gesamte ... steht unter der Aufsicht des Staates.
9. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis ... und ohne Waffen zu versammeln.
10. Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und ... frei zu wählen.
11. Ehe und ... stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
12. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen ... als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
13. Alle Deutschen haben das Recht, ... und Gesellschaften zu bilden.
14. Die ... und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.

| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|----------|
| 1. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 2. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 3. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 4. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 5. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 6. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 7. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 8. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 9. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 10. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 11. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 12. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 13. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |
| 14. | | | | | | | | | | | | | | | | Art. () |

Lösungswort:

— **Hinweis:** Umlaute = zwei Buchstaben (ä = ae).

➡ 2. Wieso heißt es eigentlich Grundrechte?
Macht dazu ein Brainstorming und formuliert eine gemeinsame Definition.



Die Idee grundlegender Rechte

1 Geschichte der Menschenrechte

Das Grundgesetz steht mit seinem Grundrechteteil in einer Jahrhunderte andauernden Tradition, die bis heute nicht abgeschlossen ist. So verabschiedete z.B. die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 13. Dezember 2006 die Behindertenrechtskonvention zur Sicherung der Rechte von Menschen mit Behinderung. In Deutschland trat sie am 26. März 2009 in Kraft.

➡ 1. Tragt in das Schaubild die folgenden Daten zur Geschichte der Menschenrechte ein:

1679 / 1776 / 1789 / 1948

➡ 2. Auch die Magna Charta, die Verfassung der USA und die Kinderrechtskonvention waren wichtige Schritte in der Geschichte der Menschenrechte. Wo sind sie zeitlich zu verorten? Welche wichtigen Etappen gab es noch? Übertrag das Schaubild auf eine Wandzeitung und erweitere es.

| | | |
|---|---|---|
| Großbritannien <div>Petition of Rights 1628</div> <div>Habeas-Corpus-Akte </div> <div>Bill of Rights 1689</div> | Frankreich <div>Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte </div> | USA <div>Virginia Declaration of Rights 1776</div> <div>Amerikanische Unabhängigkeitserklärung </div> |
| Vereinte Nationen <div>Weltpakete über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 1976</div> | Vereinte Nationen <div>Allgemeine Erklärung der Menschenrechte </div> | Europarat <div>Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten 1950</div> |

2 Menschenrechte, Grundrechte, Bürgerrechte

➡ 1. Ergänzt den Lückentext und tragt die folgenden Begriffe an der richtigen Stelle ein:

„alle Deutschen“ / Ausländer[☒] / Bürgerrechte / Einzelnen[☒] / Grundrechte / freie, geheime / Freiheit / Folter / Meinung / ~~Menschenrechte~~ / missachtet / neutrale Rechtsprechung / Pflichten / Vereinten Nationen / Staat / Staat / Staatsangehörigkeit / religiösen Überzeugungen

Als Menschenrechte werden Rechte bezeichnet, die jedem Menschen zustehen, gleichgültig in welchem _____ der Erde er lebt oder welche _____ er besitzt. Diese Rechte wurden 1948 von den _____ in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ festgelegt. Sie enthalten den Grundsatz der Unantastbarkeit menschlicher Würde, das Recht auf Leben und _____ und das Verbot der _____. Außerdem, hat jeder das Recht seine _____ frei zu äußern und darf nicht aufgrund seiner _____ oder politischen Ansichten verfolgt oder benachteiligt werden. Neben den Menschenrechten, die sowohl für deutsche Staatsbürger[☒], als auch für _____ in Deutschland gelten, enthalten die Grundrechte aber auch sogenannte _____. Sie bestimmen, welche Rechte und _____ jeder[☒] Bürger[☒] der Bundesrepublik Deutschland hat und definieren das Verhältnis zwischen Bürger[☒] und _____: zum Beispiel das Recht, seinen Beruf und Ausbildungsplatz frei zu wählen, der Versammlungsfreiheit und das Recht auf _____ und demokratische Wahlen. Bürgerrechte sind im Grundgesetz oft an der Bezeichnung _____ zu erkennen. Grundrechte schützen den[☒] _____ vor Ansprüchen und Übergriffen der Staatsgewalt und sichern so auch die Ordnung der Gesellschaft in einem Staat. In vielen Ländern der Welt werden diese Rechte jedoch von der Staatsmacht _____. Das zeigt, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass die verfassungsmäßig garantierten _____ auch anerkannt werden. Neben der Gesetzgebung und der ausführenden Gewalt benötigt ein Staat daher auch eine unabhängige _____ zur Durchsetzung der Grundrechte.

➡ 2. Erklärt in eigenen Worten die Begriffe **Menschenrechte**, **Grundrechte** und **Bürgerrechte**. Geht dabei auch darauf ein, in welchem Verhältnis die Begriffe zueinander stehen.



Mein Grundrechtekatalog

1 Meine Top-5

➡ Welche fünf Grundrechte sind für euch besonders wichtig?

- Schreibt diese mitsamt den Artikelnummern auf ein Blatt Papier.
 - Sammelt alle Blätter mit den wichtigsten Grundrechten ein und macht daraus eine Liste (*Beispiel nebenstehend*) mit der Häufigkeitsverteilung – entweder an der Tafel oder als Präsentation. Lest dazu die Artikelnummern laut vor.
 - Stellt die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede fest und diskutiert im Plenum, warum ihr euch so entschieden habt.
 - Hat sich nach der Diskussion eure Meinung geändert?
- Schreibt die Artikelnummern und Titel eurer finalen fünf Grundrechte hier auf:

- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

— Beispiel

| | |
|--------|--|
| Art. 1 | |
| Art. 2 | |
| Art. 3 | |
| ... | |
| ... | |
| ... | |
| ... | |



2 Ein neues Grundrecht?

➡ Möglicherweise habt ihr schon einmal vom „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“ gehört. Wenn ihr im Grundgesetz nachseht, werdet ihr diesen Begriff aber gar nicht finden. Recherchiert dieses Grundrecht und diskutiert, was es bedeutet, wie es juristisch begründet wird und ob es für euch wichtig ist.

Meine Recherche-Notizen: _____



Die Würde des Menschen ist unantastbar

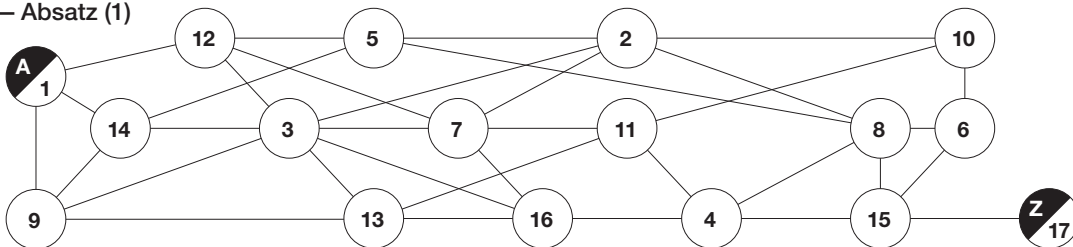
1 Ein ganz wichtiger Grundgesetz-Artikel

➔ Wenn ihr den richtigen Weg von **A** nach **Z** findet, erhaltet ihr den Wortlaut eines der wichtigsten Grundgesetz-Artikel. Er beschreibt die Grundlage unserer staatlichen Ordnung. Von jedem Punkt aus könnt ihr auf mehreren Wegen zu einem anderen kommen – aber nur ein Weg ist richtig.

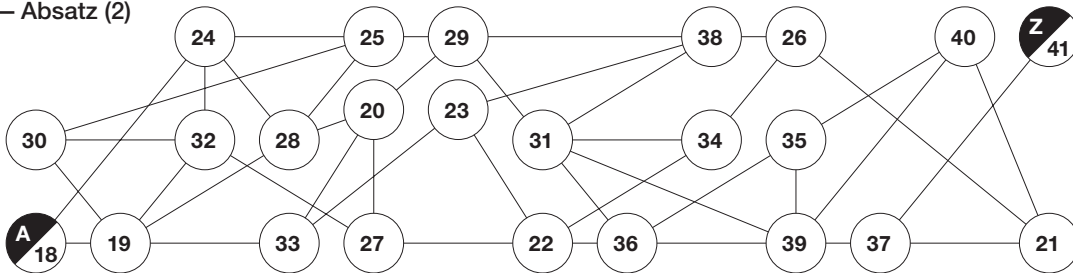
Den richtigen Weg findet ihr so: Für die Zahlen innerhalb der Gitternetze tauscht ihr die nebenstehenden Wörter ein und bringt sie in eine Satzfolge, die sprachlich und inhaltlich einen Sinn ergibt. Dabei streicht ihr die durchschrittenen Ziffern in der Wörterliste durch. Ihr müsst alle Wörter verwenden.

— **Tipp:** Markiert euch die richtigen Pfade.

— Absatz (1)



— Absatz (2)



Der Artikel des Grundgesetzes lautet:

Absatz (1) Die

Absatz (2) Das

— **Achtung:** Der gesuchte Artikel hat noch einen dritten Absatz. Lest ihn euch im *Anhang* durch und gebt den Inhalt in euren Worten wieder. Für wie wichtig haltet ihr die drei Absätze? Begründet eure Meinung.

2 Würde meint...

➔ 1. Versucht, den Begriff „Menschenwürde“ zu erklären und vergleicht eure Definition mit der Definition von „Würde“ im Jungen Politiklexikon (siehe: www.bpb.de/161819).

➔ 2. Diskutiert in der Gruppe, ob z.B. schlechte Zensuren oder die Schulpflicht, Bootcamps oder die geschlossene Unterbringung Minderjähriger, eine lebenslange Freiheitsstrafe oder das Luftsicherheitsgesetz gegen die Menschenwürde verstoßen.

— Absatz (1)

1. Die
2. ist
3. schützen
4. und
5. zu
6. aller
7. des
8. achten
9. unantastbar.
10. Verpflichtung
11. Menschen
12. Würde
13. ist
14. Sie
15. staatlichen
16. zu
17. Gewalt.

— Absatz (2)

18. Das
19. unveräußerlichen
20. darum
21. in
22. Grundlage
23. als
24. Deutsche
25. bekennt
26. menschlichen
27. zu
28. Volk
29. sich
30. und
31. des
32. unverletzlichen
33. Menschenrechten
34. jeder
35. und
36. Friedens
37. der
38. Gemeinschaft,
39. der
40. Gerechtigkeit
41. Welt.

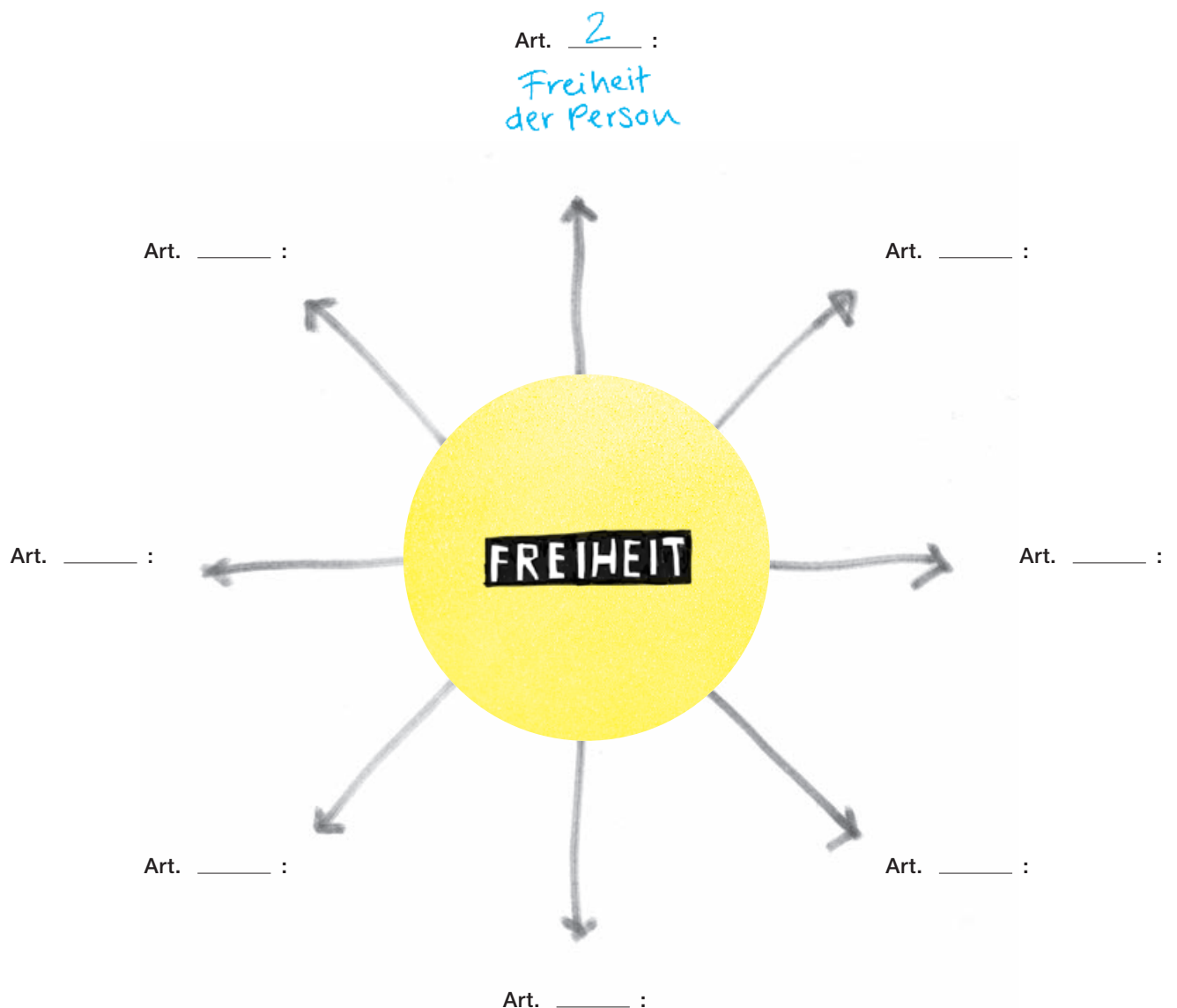


Art. 2 GG – „Freiheit, die ich meine ...“

➡ 1. Markiert in einer Textausgabe oder mit Hilfe der Suchfunktion am PC (z.B. in einer Datei im Format doc, pdf, html) in den Artikeln 1 bis 19 den Begriff „frei“ oder „Freiheit“ und zählt nach, wie oft er vorkommt.

Mein Recherche-Ergebnis: Die beiden Begriffe kommen so oft vor: _____

➡ 2. Bildet eine Begriffssonne mit den Fundorten. Zeichnet dafür ggf. mehr Strahlen ein mit weiteren gefundenen Freiheiten oder solchen, die ihr euch wünscht.



➡ 3. Vergleicht die Auflistung von Freiheitsrechten im GG mit den Freiheitsrechten der UN-Kinderrechtskonvention. Diskutiert in der Klasse, ob eine Ergänzung des Grundgesetzes um Kinderrechte notwendig ist.

— **Tipp:** Die Kinderrechtskonvention findet ihr z.B. auf der Webseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder unter www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut.



Art. 2 GG – Freiheit ist immer auch die Freiheit des Anderen ☺

In **Art. 2 GG** heißt es:

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, **soweit er nicht** die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

➡ 1. Was ist damit gemeint?

Findet Beispiele und

- zeichnet sie oder
- entwerft ein Rollenspiel oder
- formiert ein Standbild oder
- ...

Rechts ist Platz für eure Ideen.



➡ 2. Setzt euch mit den Begriffen „Rechte anderer“, „verfassungsmäßige Ordnung“ und „Sittengesetz“ auseinander.

Welche Probleme seht ihr bei den Begriffen und welche der drei Gründe für die Beschränkung von individueller Freiheit sind eurer Meinung nach in einem pluralistischen Staat gerechtfertigt?

Erstellt zu euren Überlegungen eine Mind-Map.

— **Tipp:** Hinweise zur Erstellung einer Mind-Map gibt's in der Methoden-Kiste: www.bpb.de/shop/36913.

— Meine Mind-Map



Art. 3 GG – Ist gleich tatsächlich gleich?

1 Gleichheit als Weg und Ziel

Der Gemeinderat von Stadelhausen beschließt, zur nächsten Badesaison eine Erhöhung der Eintrittspreise für das kleine, auch aus den Nachbargemeinden gerne besuchte Freibad einzuführen. Zugleich beschließt er eine Ermäßigung, die nur für Einheimische, nicht aber für Besucher aus anderen Gemeinden gelten soll. Als Begründung ist in der Lokalzeitung zu lesen, der Gemeinderat wolle dadurch sicherstellen, dass insbesondere bedürftige Einheimische das Freibad tatsächlich nutzen können.

➔ Was denkt ihr über das Vorgehen des Gemeinderats? Ist es mit **Art. 3 I GG** vereinbar? Stimmt dazu zunächst ohne Begründung mit *Ja* oder *Nein* und diskutiert danach eure Begründungen. Haltet diese in einer zweiseitigen Tabelle (pro/contra) fest.

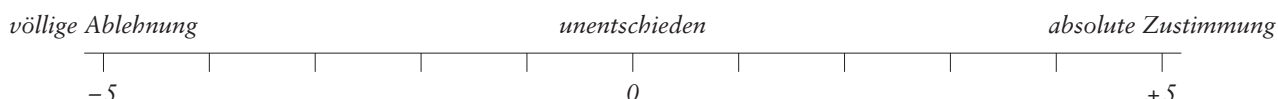
2 Männer und Frauen sind gleichberechtigt

In **Art. 3 II GG** wird der Staat ausdrücklich in die Pflicht genommen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und bestehende Nachteile zu beseitigen. Um z.B. den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, trat am 1. Mai 2015 das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“ (FüPoG) in Kraft. Dort ist u.a. geregelt, dass Aufsichtsratsposten in bestimmten Unternehmen einen Anteil von mindestens je 30 Prozent Männer und Frauen haben müssen. Solange diese Quote nicht erreicht wird, müssen neu zu besetzende Posten mit Angehörigen der unterrepräsentierten Gruppe – in der Realität Frauen – besetzt werden oder unbesetzt bleiben.

➔ 1. Warum ist in dem Gesetz gleichermaßen von Frauen- und Männerquoten die Rede, obwohl es im Kern um eine Erhöhung des Frauenanteils geht? Begründet dieses Vorgehen mit **Art. 3 GG**.

Immer wieder steht in Stellenanzeigen, dass Frauen oder Schwerbehinderte bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt würden. Mit Blick auf **Art. 3 GG** lässt sich dazu die Frage stellen, ob so nicht männliche Bewerber und Bewerberinnen ohne Behinderung benachteiligt werden.

➔ 2. Was denkt ihr? Macht eure Position deutlich, indem ihr auf einer Skala von **-5** bis **+5** begründet Stellung bezieht. Gibt es eine eindeutige Auffassung in der Gruppe oder deutliche Unterschiede? Woran liegt das?



3 Verschieden – aber gleich an Rechten

Das Grundgesetz nennt in **Art. 3 III** noch weitere, mögliche (tatsächliche oder zugeschriebene) Merkmale von Diskriminierung.

➔ 1. Fertigt dazu eine Tabelle an und tragt die Aspekte links ein. Ergänzt ggf. weitere, die im GG nicht genannt werden. Sammelt in der rechten Spalte mögliche Diskriminierungsformen (auch eigene Erfahrungen sind möglich).

| Diskriminierungsmerkmal | Mögliche Diskriminierung |
|-------------------------|--------------------------|
| Geschlecht | Ungleiche Bezahlung |
| ... | ... |

➔ 2. Was kann oder muss der Staat tun, um Diskriminierung möglichst vollständig abzubauen? Lasst euch Maßnahmen einfallen und prüft, ob sie mit den Grundrechten vereinbar sind.

Ein Beispiel: Anders als in Deutschland ist es in den USA üblich und auch unerwünscht, dass Bewerbungsunterlagen ein Foto des Bewerbers enthalten. Sollte der Staat das für Deutschland verpflichtend machen?

➔ Zusatzaufgabe: Recherchiert, was „Intersexualität“ und „Intersektionalität“ bedeuten und erläutere die Begriffe jeweils mit eigenen Worten. Überlegt für beide, warum sie im Zusammenhang mit **Art. 3 GG** wichtig sein könnten.

ARBEITSBLATT

11



Art. 5 GG – „Das muss doch mal gesagt werden dürfen!“



➡ 1. Kennt ihr solche Graffiti? Was bedeuten sie?

— Fallbeschreibung aus einem Urteil des BVerfG (2017)

1. Der Beschwerdeführer bestellte bei einem Versandhandel einen Aufnäher mit den Buchstaben A.C.A.B. sowie zwei Aufnäher mit den Zahlen 13 und 12 und befestigte diese auf einer Weste links vorne auf der Brustseite; den Aufnäher A.C.A.B. mittig, die beiden Zahlenaufnäher darunter. Im März 2015 besuchte er mit dieser Weste ein Fußballspiel der zweiten Bundesliga. Bei der Einlasskontrolle wurden die Ordner durch eine Abteilung der Bereitschaftspolizei unterstützt. Als einer der Polizeibeamten den Aufnäher A.C.A.B. sah, veranlasste er die Kontrolle und Durchsuchung des Beschwerdeführers durch eine Kollegin und zwei Kollegen, die den Aufnäher ebenfalls wahrnahmen.

2. Das Amtsgericht verurteilte den Beschwerdeführer wegen Beleidigung zu der Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 80 Euro.

3. Das Landgericht verwarf die Berufungen des Beschwerdeführers und der Staatsanwaltschaft mit der Maßgabe, dass der Beschwerdeführer zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 60 Euro verurteilt wurde. [...]

➡ 2. Wie beurteilt ihr den Fall? Diskutiert ihn in Kleingruppen und macht eure Gruppenposition anschließend im Plenum deutlich, indem ein Gruppenmitglied auf einer Skala von **-5** bis **+5** begründet Stellung bezieht.

Dafür wird in die Mitte des Raumes ein längeres Seil gelegt, dessen Mittelpunkt und Enden entsprechend markiert werden. Die Gruppenvertreter sollen ihre Positionierung mit einem Argument oder Beispiel begründen. Formuliert dazu Sätze wie „Wir finden, dass die Verurteilung gerechtfertigt ist, weil ...“ ODER „Wir sind gegen die Verurteilung, weil ...“

völlige Ablehnung

unentschieden

absolute Zustimmung

-5

0

+5

— Urteil des BVerfG

Die angegriffene Entscheidung verletzt den Beschwerdeführer in seinem Grundrecht aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG.

a) Die strafrechtliche Verurteilung des Beschwerdeführers greift in die Freiheit der Meinungsäußerung ein. Das Tragen der Weste mit den Buchstaben „ACAB“ fällt in den Schutzbereich des Grundrechts. Meinungen sind im Unterschied zu Tatsachenbehauptungen durch die subjektive Einstellung des sich Äußernden zum Gegenstand der Äußerung gekennzeichnet. Sie enthalten sein Urteil über Sachverhalte, Ideen oder Personen (...). Sie genießen den Schutz des Grundrechts, ohne dass es darauf ankommt, ob die Äußerung begründet oder grundlos, emotional oder rational ist, als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt wird (...).

b) Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist nicht vorbehaltlos gewährleistet, sondern unterliegt nach Art. 5 Abs. 2 GG den Schranken, die sich aus den allgemeinen Gesetzen sowie den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre ergeben. § 185 StGB ist als allgemeines Gesetz geeignet, der freien Meinungsäußerung Schranken zu setzen (...).

c) Der in der Verurteilung liegende Eingriff in die Meinungsfreiheit ist nicht gerechtfertigt, weil die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Anwendung und Auslegung des § 185 StGB als Schranke der freien Meinungsäußerung nicht gewahrt sind.

➡ 3. Vergleicht eure Position mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Was haltet ihr davon?

— **Tipp:** Das gesamte Urteil des BVerfG könnt ihr hier nachlesen: www.bverfg.de > Suche: Kollektivbeleidigung ACAB > 2017.

➡ 4. Wieso ist das Recht, seine Meinung frei äußern zu dürfen, ein fundamentales Recht in einer Demokratie?

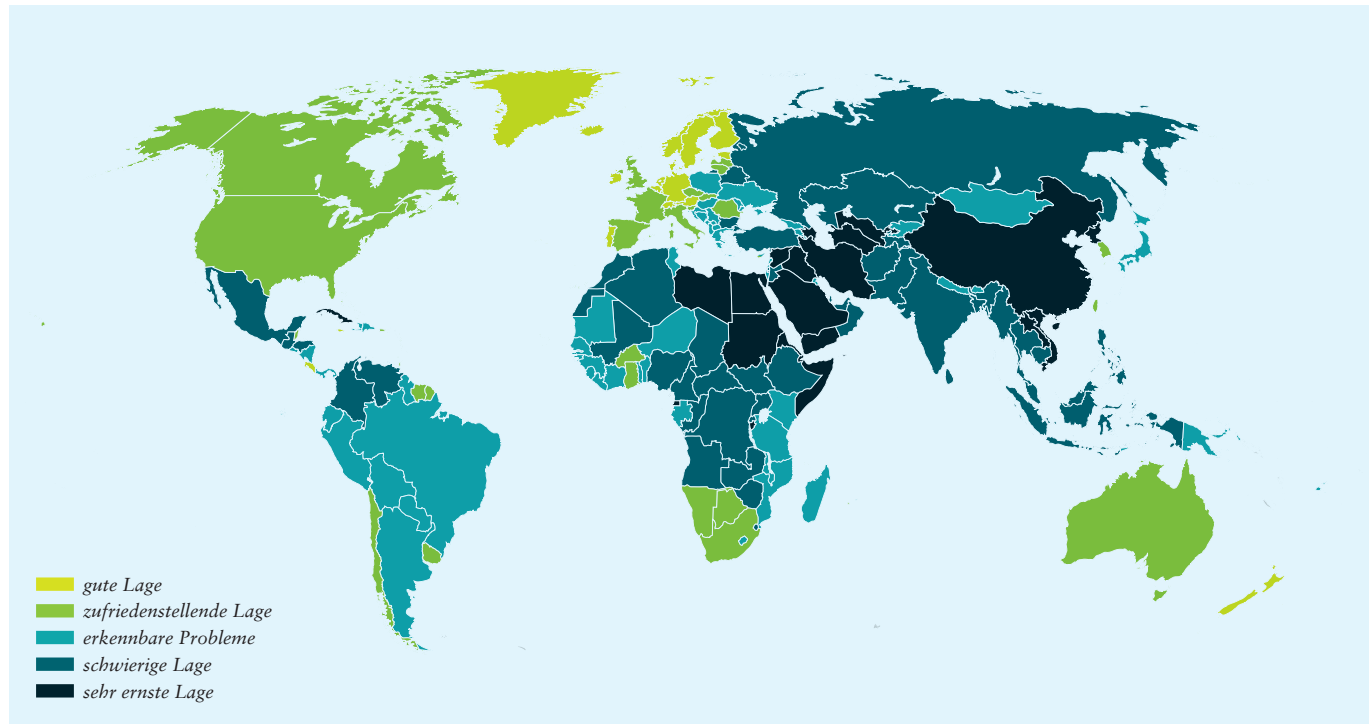
— **Tipp:** Viele Varianten, miteinander zu diskutieren, werden in der Methoden-Kiste erläutert.

Kostenlos bestellbar oder als pdf abrufbar unter www.bpb.de/shop/36913.



Art. 5 GG – Pressefreiheit

— Pressefreiheit 2018 (nach Reporter ohne Grenzen)



➡ 1. Recherchiert in Gruppen im Internet, wieso die Lage der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ in den dunkelgrün und schwarz markierten Ländern der Erde als schwierig oder sehr ernst eingeschätzt wird. Untersucht pro Gruppe ein Land und versucht dabei auch herauszufinden, wie das dortige politische System zu charakterisieren ist.

Dieses Land haben wir untersucht: _____

Stichpunkte zu unserer Recherche: _____

➡ 2. Welche Vorkehrungen trifft das Grundgesetz, damit die Pressefreiheit gewährleistet ist? Macht dazu gemeinsam eine Liste der einzelnen Bestimmungen von **Art. 5 I GG**, die die freie Pressearbeit schützen und erläutert jede in wenigen Stichpunkten.

➡ 3. Freiheit hat eine zweifache Dimension. Zum einen kann sie Freiheit von etwas bedeuten, zum anderen Freiheit zu etwas. Versucht diese Überlegung auf die Grundrechte des **Art. 5 I GG** zu übertragen.

➡ 4. Diskutiert in der Klasse, ob die Pressefreiheit auch für Schülerzeitungen gilt und überlegt, was das im Einzelnen bedeutet.



Art. 6 und Art. 7 – Erziehungsrecht der Eltern und staatliches Erziehungsrecht in der Schule

➡ 1. Setzt euch mit folgenden Fällen auseinander und besprecht sie in Kleingruppen.

Zieht dazu die **Art. 6 und 7 GG** zu Rate:

Fall 1: Ein zweijähriges Kind wächst in einer Familie auf, in der es aufgrund von Alkohol- und Drogenproblemen der Eltern nur unregelmäßig zu essen und nur selten saubere Kleidung bekommt. Das Jugendamt trifft daraufhin die Entscheidung, das Kind wegen drohender Verwahrlosung zu Pflegeeltern zu geben.

Ist das Vorgehen des Jugendamtes hier gerechtfertigt? Diskutiert zugleich die Frage, welche Umstände vorliegen müssen, damit Kinder aus der Familie herausgenommen werden dürfen.

Fall 2: Eine Mitschülerin erzählt dir, dass sie von ihren Eltern geschlagen wird, wenn sie schlechte Noten nach Hause bringt.

Dürfen die Eltern das? Was könnt ihr tun, um ihr zu helfen? Was kann die Schule machen?

Fall 3: Deine Eltern machen sich Sorgen. Sie haben gehört, dass im Sexualkundeunterricht auch über Homosexualität sowie über Varianten der Geschlechtsidentität zwischen den Kategorien männlich / weiblich gesprochen werden soll. Sie verlangen von der Schule Auskunft über die Inhalte des Unterrichts und wollen erreichen, dass solche Themen nicht behandelt werden oder du vom Unterricht befreit wirst.

Ist die Schule verpflichtet, deinen Eltern Auskunft über die Inhalte des Sexualkundeunterrichts zu geben?

Und haben deine Eltern das Recht, die Unterrichtsinhalte mitzubestimmen oder dich, wenn solche Themen drankommen, vom Unterricht befreien zu lassen?

Fall 4: Deine Eltern wollen Dich aus ökologischen Gründen nicht auf den Skikurs mitfahren lassen.

Die Klassenlehrerin bestellt sie ein und will sie umstimmen. Am Ende beharren deine Eltern aber auf ihren Einwänden und verweigern ihre Erlaubnis. Daraufhin geht die Klassenlehrerin zum Schulleiter, der das Mitfahren anordnet. Deine Eltern gehen gegen diese Anordnung gerichtlich vor.

Haben deine Eltern das Recht auf ihrer Seite?



➡ 2. Bildet Expertengruppen, die im Internet vergleichbare Fälle recherchieren. Stellt im Plenum eure Ergebnisse vor und macht dabei deutlich, wo es in dem jeweiligen Fall zu Konflikten zwischen staatlichem Handeln und dem Erziehungsrecht der Eltern gekommen ist und wer jeweils warum Recht bekommen hat oder bekommen würde.



Art. 8 und 9 GG – Gemeinsam statt einsam

1 Geht doch (nicht)!



A _____
☐ erlaubt ☐ nicht erlaubt



B _____
☐ erlaubt ☐ nicht erlaubt



C _____
☐ erlaubt ☐ nicht erlaubt



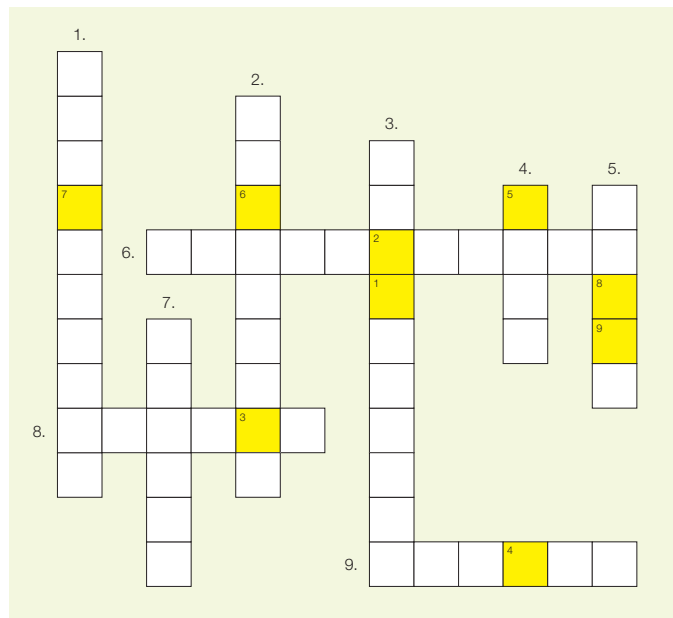
D _____
☐ erlaubt ☐ nicht erlaubt

➡ 1. Bestimmt habt ihr solche Szenen schon einmal in echt oder in den Medien gesehen. Was geht hier vor? Füllt dazu die Textzeilen aus. Ergänzt auf einem separaten Blatt weitere Szenen, wenn euch noch andere passende Vorgänge einfallen.

➡ 2. Lest **Art. 8** und **Art. 9 I** und **II GG** und ordnet die Vorgänge auf den Bildern in die Kategorie „erlaubt“ und „nicht erlaubt“ ein. Wenn ihr Zweifel an der Einordnung habt, dann tauscht euch mit eurem Nachbarn darüber aus.

➡ 3. Löst das Kreuzworträtsel. Die Lösungsbuchstaben ergeben in der richtigen Reihenfolge eine grundlegende Forderung für jede politische Aktivität.

— Grundgesetz-Kreuzworträtsel



1. Bezeichnung für rechtsprechende Gewalt
2. eine der Eigenschaften demokratischer Wahlen
3. das ist das Grundgesetz
4. Protestzug (Kurzform)
5. ... und Gesetz
6. Gewählte Vertreterin im Bundestag
7. Arbeitsniederlegung
8. Zusammenschluss
9. Norm des Rechts

Lösungswort:

2 Bist du dabei?

➡ Auf einer Protestkundgebung gegen die Landwirtschaftspolitik der EU werden Tomaten und rohe Eier mit Wucht auf die Straße und an Bäume geworfen. Anwohner beschwerten sich bei der Polizei und fordern, die Versammlung aufzulösen. Was würdet ihr tun?





Parteien – eine besondere Form der Vereinigung (1)

1 Die Aufgabe der Parteien

➡ 1. Im Grundgesetz findet ihr **Artikel 21**, dessen Inhalte eigentlich gut in **Art. 9 GG** passen würden. Setzt die Textbausteine in der richtigen Reihenfolge zusammen, um den ersten Absatz des **Artikels 21** zu erhalten.

— **Tipp:** Streicht die verwendeten Textbausteine durch, um den Überblick nicht zu verlieren.

| | | | |
|------------------------------|--------------------------|--------------------------------|-----------------------------|
| Die Parteien | muss demokratischen | öffentlich Rechenschaft geben. | und Verwendung ihrer Mittel |
| Sie müssen über die Herkunft | Ihre Gründung | wirken bei der | Ihre innere Ordnung |
| ist frei. | Grundsätzen entsprechen. | politischen Willensbildung | des Volkes mit. |
| | | | sowie über ihr Vermögen |

Der Artikel des Grundgesetzes lautet:

Absatz (1) Die Parteien

➡ 2. Vergleicht **Art. 9 II** und **Art. 21 II GG** miteinander und bestimmt Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

— Art. 9 II GG

Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

— Art. 21 II GG

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.

Gemeinsamkeiten

Unterschiede

➡ 3. Diskutiert anschließend im Plenum, warum es nicht ausreichen würde, Parteien in **Art. 9 I GG** zu erwähnen.

Parteien – eine besondere Form der Vereinigung (2)

2 Die Stellung der Parteien

➔ 1. Nach **Art. 21 IV GG** entscheidet über die Verfassungswidrigkeit einer Partei nur das Bundesverfassungsgericht, während Vereinigungen vom Innenminister²³ des Bundes oder eines Landes verboten werden können (*siehe AB 15*). Dieses Vorrecht heißt auch „Parteienprivileg“.

Was meint ihr: Ist der Begriff gerechtfertigt und das Vorrecht begründet?

Notiert eure Argumente in Stichworten:

➔ 2. Im Januar 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht über einen Verbotsantrag gegen die NPD. Lest die nebenstehende Pressemitteilung und fasst das Urteil des Gerichts in eigenen Worten zusammen.

➔ 3. Stellt euch vor, ihr müsstet für eine große Tageszeitung das Urteil kommentieren.

- Welchen Titel würdet ihr dem Kommentar geben?
- Würdet ihr auch die unten stehende Karikatur dazu abdrucken?

Tauscht euch in der Klasse über eure Vorschläge und Positionen aus.

— Pressemitteilung

Nr. 4/2017 vom

17. Januar 2017 (*Auszug*)

„Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den zulässigen Antrag des Bundesrats auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 II GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

— Quelle: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html





Der Staat darf nicht alles



➡ 1. Bring die Bilder in eine sinnvolle Reihenfolge: / / / / /

➡ 2. Beantworte dann die folgenden Fragen mit Hilfe des Grundgesetzes, **Art. 101** und **104**.

Beispiel 1: Der PC auf der Polizeiwache, mit dem die Personalien des Täters aufgenommen werden sollen, ist kaputt.

Kann die Polizei den Ladendieb solange festhalten, bis er repariert ist?

Beispiel 2: Ein Polizist hat den Verdacht, dass der Ladendieb noch andere Beute versteckt hat und droht ihm Schläge an, wenn er nicht verrät, wo die Sachen sind.

Geht das?

Beispiel 3: Die Richterin mag keine Ladendiebe und fragt ihre Kollegen, ob sie deren Fälle übernehmen darf, um harte Strafen zu verhängen.

Ist das möglich?

Vielleicht kommen dir diese Beispiele weltfremd vor oder eher wie aus einem Film. In vielen Teilen der Welt sind sie jedoch Realität. Beispiele dafür findet ihr z.B. auf der Webseite von Amnesty International (www.amnesty.de). Damit das in Deutschland nicht passiert, sind im Grundgesetz noch weitere Schutzrechte eingebaut, z.B. in folgenden Artikeln:

- Art. 10 GG: _____
 Art. 13 GG: _____
 Art. 16 GG: _____
 Art. 17 GG: _____
 Art. 19 GG: _____
 Art. 102 GG: _____
 Art. 103 GG: _____

➡ 3. Notiert neben jeden Artikel in Stichworten, was durch ihn jeweils besonders geschützt ist. Ergänzt auf einem separaten Blatt, warum diese Punkte wichtig für die Freiheit der Bürger sind.

➡ 4. Schaut euch die nebenstehende Karikatur an. Welche besondere Problematik sieht der Karikaturist gegeben? Teilt ihr seine Auffassung? Erörtert im Plenum.

➡ 5. Sucht zur Vertiefung im Internet nach Vorschlägen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität. Diskutiert die Maßnahmen im Plenum. Welche grundsätzliche Problematik wird deutlich?





Art. 16 a GG – Asyl – ein Grundrecht

Bis zum Jahr 1993 war das Grundrecht auf Asyl in **Art. 16 II 2 GG** verankert. Dieser hatte denselben Wortlaut wie seitdem **Art. 16 a I GG**: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Weitere Bestimmungen enthielt das Grundgesetz dazu bis dahin nicht.

➔ 1. Recherchiert im Internet, was den Parlamentarischen Rat 1949 bewogen hat, das Asylrecht als individuelles Anspruchsrecht zu formulieren.

➔ 2. **Art. 16a GG** nennt als Anspruchsgrund für Asyl politische Verfolgung. Was ist damit gemeint?

Setzt euch in Kleingruppen zusammen und sammelt mögliche Erscheinungsformen politischer Verfolgung. Ihr könnt euch dazu an der **Genfer Flüchtlingskonvention** (28.07.1951) orientieren, die neben der Verfolgung aufgrund politischer Überzeugung auch die Verfolgung aufgrund von „Rasse“, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe nennt.

Im Jahr 1993 wurde das Asylrecht im Grundgesetz neu geregelt und in den Jahren 2015 und 2016 die Asylpakete I und II als Gesetze beschlossen.

➔ 3. Recherchiert, was jeweils der Anlass war und was konkret geändert wurde. Einen Hinweis bieten die Zahlen der Grafik rechts.

Meine Recherche-Notizen:

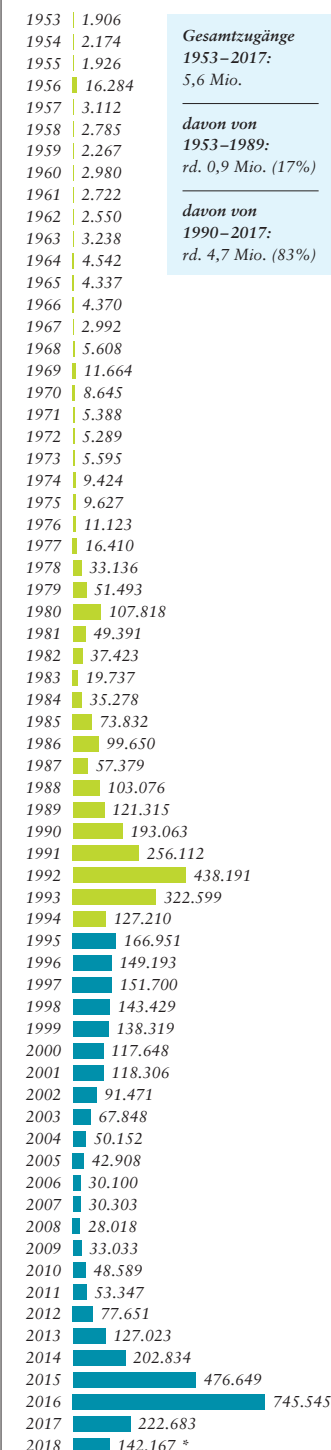
➔ 4. Was haltet ihr von der Karikatur? Beurteilt ihre Aussage auf der Basis von **Art. 16 a III GG** und den zuletzt als sicher festgelegten Herkunftsländern.



➔ 5. Häufig wird in der Diskussion um das Asylrecht festgestellt, dass eine einzelstaatliche Lösung gar nicht mehr möglich sei. Warum ist das so? Findet dazu rechtliche und politische Gründe.

— Entwicklung der Asyl- antragszahlen seit 1953 (in Personen)

■ Erst- und Folgeanträge bis 1994
■ Erst- und Folgeanträge ab 1995



— Quelle: BAMF (Sept. 2018); * Jan–Sep
Aktuelle Zahlen zu Asyl, 2018
www.bamf.de



Das Fundament staatlicher Ordnung

➡ 1. Hoppla, hier sind zwei Artikel des Grundgesetzes in sich durcheinander geraten. Fügt die Textbausteine in der richtigen Reihenfolge zusammen. Um welche Artikel handelt es sich?

— **Tipp:** Streicht die verwendeten Textbausteine durch, um den Überblick nicht zu verlieren.

Artikel: _____ Titel des Artikels: _____

~~Die Bundesrepublik Deutschland~~ durch besondere Organe und die Rechtsprechung und

Volke aus. ist ein in Wahlen und Abstimmungen Alle Staatsgewalt die vollziehende Gewalt

die verfassungsmäßige Ordnung, gebunden. vom Volke demokratischer und sozialer sind

und der Rechtsprechung geht vom der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht

der Gesetzgebung, ist an ausgeübt. Sie wird Die Gesetzgebung Bundesstaat.

Absatz (1) Die Bundesrepublik Deutschland

Absatz (2) _____

Absatz (3) _____

Artikel: _____ Titel des Artikels: _____

des republikanischen, entsprechen. im Sinne dieses Grundgesetzes muß den Grundsätzen

~~Die verfassungsmäßige Ordnung~~ demokratischen und sozialen in den Ländern Rechtsstaates

Absatz (1) Die verfassungsmäßige Ordnung

➡ 2. Vergleicht die ersten Absätze der beiden Artikel. Was ist gleich, was ist unterschiedlich? Diskutiert mögliche Gründe für die Unterschiede.

➡ 3. Verfasst selbst einen fiktiven Verfassungsartikel, in dem die Staatsgrundsätze des **Art. 20 GG** in ihr Gegenteil verkehrt sind. Wolltet ihr in so einem Staat leben?



Auf den Begriff gebracht – Diese politische Ordnung will das Grundgesetz

➔ 1. Ordnet die folgenden Überschriften den nachfolgenden Beschreibungen zu. Bei richtiger Zuordnung ergeben die Silben in den Klammern von oben nach unten gelesen ein anderes Wort, das häufig für Deutschland verwendet wird.

Demokratie (PUB) / Republik (BUN) / Sozialstaat (RE) / Bundesstaat (DES) / Rechtsstaat (LIK)

A

Bedeutet wörtlich übersetzt: „Sache der Allgemeinheit“ und meint eine Staatsform, in der das Staatsoberhaupt gewählt wird – im Gegensatz zu einer Monarchie, in der das Amt des Staatsoberhauptes in der Regel von einer Königin oder einem König auf die Erben übergeht, also vererbt wird.

B

Bezeichnet allgemein die Vereinigung souveräner (selbstständiger) Staaten zu einem Bund, auf den bestimmte Rechte und Aufgaben übertragen werden. In der Bundesrepublik Deutschland haben deshalb die Bundesländer einerseits Länderparlamente, -regierungen und -gerichte, andererseits wirken sie über den Bundesrat an der Gesetzgebung mit. Man nennt dieses staatliche Ordnungsprinzip auch Föderalismus.

C

Verpflichtet den Staat, die sozialen (gesellschaftlichen) Verhältnisse zu gestalten. Dazu gehören wirtschaftspolitische Aktivitäten, um z.B. die Entwicklung der Wirtschaft zu ermöglichen oder Arbeitslosigkeit abzubauen. Ebenso müssen soziale Maßnahmen ergriffen werden, um das Grundrecht der Bürger auf das Existenzminimum zu gewährleisten (> Sozialhilfe). Mit Vorsorgeeinrichtungen sollen Menschen im Alter, bei Krankheit oder Unfällen geschützt werden (Sozialversicherung, Rente).

D

Heißt, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Durch Wahlen und Abstimmungen wird diese Staatsgewalt ausgeübt, bzw. Repräsentanten auf Zeit übertragen, die im Auftrag des Volkes politische Entscheidungen treffen sollen.

E

Besagt, dass die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung an die Verfassung und die Gesetze gebunden sind. Alle Maßnahmen der Staatsorgane können von unabhängigen Richtern überprüft werden. Voraussetzung für dieses Prinzip sind die in der Verfassung zugesicherten Grundrechte (Freiheitsrechte), die Gewaltenteilung und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.



Lösungswort:

➔ 2. Bildet fünf Expertengruppen für jeweils einen der Verfassungsgrundsätze und lest die Beschreibungen einmal besonders kritisch. Sind sie wirklich vollständig und allgemein verständlich? Formuliert im Zweifel eure eigene Beschreibung und stellt sie im Plenum vor.



Ein Abstecher in die deutsche Verfassungsgeschichte

In das Grundgesetz sind auch die Erfahrungen mit der deutschen Geschichte und damit auch mit den vorangehenden deutschen Verfassungen eingeflossen. Insbesondere die Ausgestaltung der zentralen **Grundgesetzartikel 1** und **20** kann man besser verstehen, wenn man in die Verfassungsgeschichte blickt.

- ➡ 1. Zu jeder Jahreszahl gehören ein Bild und ein Text. Verbindet jeweils die zusammengehörigen Zahlen, Bilder und Texte. Nutzt dazu Geschichtsbücher oder das Internet.
- ➡ 2. Bildet Gruppen zu den einzelnen Stationen der deutschen Verfassungsgeschichte. Erarbeitet mit Hilfe eurer Recherche die Grundzüge der jeweiligen Verfassungsordnung (z.B. Grund- und Menschenrechte, Verfassungsprinzipien, gesellschaftliche Wirklichkeit).
- ➡ 3. Arbeitet zusammen mindestens zwei Punkte heraus, die zeigen, dass das Grundgesetz auf historische Erfahrungen reagiert.

— Art. 11

Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. [...]

— Art. 12

Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen. [...]

— Art. 15

Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist.

1848



— Artikel II §137

Vor dem Gesetz gilt kein Unterschied der Stände.
Der Adel als Stand ist aufgehoben.
Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.
Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.

1871



— Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

— Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

1919



— Artikel 109

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.

1933



— §1

Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

1949





Demokratie und Republik – siamesische Zwillinge?

1 Entweder oder?



A König Willem-Alexander und Königin Máxima der Niederlande auf dem Weg zur Krönung 2013

- ☐ Demokratie
☐ Republik



B Angela Merkel bei ihrer Vereidigung zur Bundeskanzlerin 2005

- ☐ Demokratie
☐ Republik



C Generalsekretär der KPCh Xi Jinping vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongress 2013

- ☐ Demokratie
☐ Republik



D König und Premier Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud und Kronprinz und Verteidigungsminister Mohammed bin Salman al-Saud während eines Militärmanövers 2016

- ☐ Demokratie
☐ Republik

➡ 1. Versucht anhand der Bilder festzulegen, um was für einen Staat es sich handelt. Ist er eine Republik? Ist er demokratisch? Nutzt für die Definitionen das AB 20 „Auf den Begriff gebracht“ und kreuzt das Zutreffende an.

➡ 2. Sind demokratische Staaten immer Republiken und umgekehrt? Wendet zur Beantwortung eine Vierfeldermatrix (Muster rechts) auf die Beispiele **A bis D** an. Was stellt ihr fest?

— Vierfeldermatrix

| | Republik | keine Republik |
|------------------|----------|----------------|
| Demokratie | ++ | + – |
| keine Demokratie | – + | -- |

2 So oder so?

Während das Grundgesetz den Verfassungsgrundsatz *Republik* ganz eng nur als Gegensatz zu *Monarchie* auffasst, gibt es begriffsgeschichtlich eine weiter gefasste Vorstellung von Republik (lat.: „res publica“ = „öffentliche Sache“).

➡ 1. Überlegt zuerst allein und erläutert dann im Plenum: Was könnte der Amtseid, den Bundespräsident[☒], Bundeskanzler[☒] und Bundesminister[☒] zum Amtsantritt leisten, mit diesem Verständnis von Republik zu tun haben?

— Art 56 GG

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

➡ 2. Was denkt ihr: Sollte neben dem engeren (verfassungsrechtlichen) auch das weitere (begriffsgeschichtliche) Republikverständnis im Politikunterricht thematisiert werden? Diskutiert Pro und Contra im Plenum.



Demokratie – was ist das?

1 Wesentliche Aspekte ...



A _____
Artikel: _____



B _____
Artikel: _____



C _____
Artikel: _____



D _____
Artikel: _____

➡ 1. Was ist auf den Fotos dargestellt? Tragt unter jedes Bild ein Stichwort und mindestens einen dazu gehörigen Artikel des Grundgesetzes ein.

➡ 2. Stellt euch einen Staat vor, aus dem es keine solchen Bilder gibt (weil es z.B. das oben Gezeigte oder eine Berichterstattung darüber durch freie Medien nicht gibt). Könnte er trotzdem eine Demokratie sein?

➡ 3. Fehlen euch noch andere Aspekte von Demokratie? Dann zeichnet oder schreibt sie in die beiden freien Felder:

2 ... für uns und andere

➡ Erstellt in Gruppen Mind-Maps davon, was für euch **Demokratie** ausmacht, und vergleicht sie miteinander.

Welche gemeinsamen Vorstellungen habt ihr?
Wo gibt es Differenzen?
Tauscht euch darüber aus.

— **Tipp:** Hinweise zur Erstellung einer Mind-Map gibt's in der Methoden-Kiste: www.bpb.de/shop/36913.

— Unsere Mind-Map





Mehr direkte Demokratie?

In **Art. 20 II GG** heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Auf Bundesebene gibt es Volksabstimmungen aber nur bei einer Neugliederung des Bundesgebiets (**Art. 29 II GG**). Über diese Beschränkung wird häufig kontrovers diskutiert. Einige Argumente findet ihr hier.

➡ 1. Kreuzt jeweils an, ob es sich um ein Argument für (**pro**) oder gegen (**contra**) „Direkte Demokratie“ handelt.

A Der Parlamentarische Rat hat sich aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik für eine reine Repräsentativdemokratie entschieden. Es gibt keinen Grund, an dieser Entscheidung zu rütteln.

☐ pro ☐ contra

B Es können lange Fristen für eine umfassende Information der Bevölkerung vorgesehen werden, um Manipulationen und Entscheidungen aufgrund kurzfristiger Stimmungen zu erschweren.

☐ pro ☐ contra

C Das Repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Das Parlament bleibt der Ort politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.

☐ pro ☐ contra

D Der Manipulation würde Tor und Tür geöffnet. Macht würde denen zufallen, die die dem Volke vorzulegenden Fragen formulieren und Zugang zu den Medien haben. Direkte Demokratie ist eine „Prämie für jeden Demagogen“. (*Theodor Heuss*)

☐ pro ☐ contra

E Elemente direkter Demokratie sind auf kommunaler und Landesebene wegen der Überschaubarkeit der zu entscheidenden Fragen und der geringen Zahl der Abstimmungsberechtigten praktikabel. Für die komplexen Probleme der Bundespolitik sind sie nicht geeignet.

☐ pro ☐ contra

F Aktive, gut organisierte Minderheiten könnten ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen.

☐ pro ☐ contra

G Die Verfassungen der meisten alten und aller neuen Bundesländer sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Sie sind auch vielfach praktiziert worden, teilweise mit großem Erfolg und ohne negative Begleiterscheinungen.

☐ pro ☐ contra

H Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden.

☐ pro ☐ contra

I Ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz kann leicht den Anschein größerer Legitimität gewinnen. Es ist auch weniger korrigierbar als parlamentarische Entscheidungen. Es könnte sich die Tendenz entwickeln, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen.

☐ pro ☐ contra

J Bei Volksbefragungen müssen komplizierte politische Probleme auf eine einfache Ja- oder Nein-Alternative reduziert werden. Entscheidungen in der pluralistischen Demokratie sind aber auf Kompromisse angelegt.

☐ pro ☐ contra

K Die Zeit ist gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen einzuräumen. Das Deutschland von heute ist mit der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Demokratisches Bewusstsein und Informationsgrad der Bevölkerung sind heute ungleich höher als damals.

☐ pro ☐ contra

L Die Mindestbeteiligung kann hoch angesetzt werden, um die Durchsetzung von Minderheitsinteressen zu verhindern.

☐ pro ☐ contra

➡ 2. Schreibt hinter jedes Pro-Argument den Buchstaben des jeweiligen Contra-Arguments.

➡ 3. Führt eine **Pro- und Contra-Debatte** zur Frage durch, ob Volksabstimmungen auch auf Bundesebene eingeführt werden sollen. Ihr solltet für die Debatte auch aktuelle Beispiele wie z.B. den Streit um die Unabhängigkeit Kataloniens oder den Brexit nutzen. Recherchiert dazu die jeweiligen Fälle.

— **Tipp:** Der aktuelle Stand zum Thema „Volksabstimmung“ kann recherchiert werden unter www.bundestag.de (Suchbegriffe: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid).



Demokratie in der Schule

Ein Ziel der Schule ist es, die Demokratie zu fördern. Hier sind einige Methoden aufgeführt, dieses Ziel zu erreichen.

➡ 1. Welche dieser Methoden kennt ihr? Recherchiert nach, was ihr nicht kennt und ergänzt ggf. Methoden, die hier nicht genannt sind, in den Blankofeldern.

| | | | | |
|----------------------|----------------------|--|---------------------|--------------------------|
| Teamarbeit | Jugendrat | Schülerparlamente | Klassenlehrerstunde | Erziehungsvereinbarungen |
| europäische Projekte | Schülermitbestimmung | Schülervertretung | Streitschlichtung | Projektlernen |
| Service Learning | Schüler-Feedback | Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen (z. B. Jugendhilfe) | | |
| Lernwerkstätten | Trainingsraum | Mediation | Schülerclubs | Stadtteilarbeit |
| | | | | |

➡ 2. Welche drei Methoden sollten auf jeden Fall bei euch in der Schule praktiziert werden? Bildet dazu Arbeitsgruppen und vergleicht eure Ergebnisse.

1. _____
2. _____
3. _____

➡ 3. Wird deine Schule dem Anspruch gerecht, die Demokratie zu fördern? Wenn ja, wodurch? Wenn nein, was fehlt?

Dadurch fördert meine Schule Demokratie: _____

Das fehlt noch an meiner Schule, um Demokratie besser zu fördern: _____

➡ 4. Entwerft zusammen eine **Phantasiereise** mit dem Thema „Meine Schule wird demokratisch“. Als Grundsatz dient dabei das Recht, je nach Alter zunehmend mehr an Entscheidungen beteiligt zu werden, die euch betreffen. Ihr könnt das Ergebnis als Poster gestalten und schulöffentlich aushängen.





Bund und Länder

1 Geteilte Zuständigkeiten

➡ 1. Im Grundgesetz sind die Zuständigkeiten von Bund und Ländern geregelt. Schlagt die angegebenen Artikel im Grundgesetz nach und schreibt sie hinter die zutreffenden Aussagen im Text.

Art. 20 / Art. 31 / Art. 70 I / Art. 70 II / Art. 71 / Art. 72 / Art. 73 / Art. 74

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat (Art. _____). Es gibt Bundesgesetze, die für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik gelten, und Landesgesetze, die nur in dem jeweiligen Bundesland verbindlich sind. Die Länder haben die Befugnis zur eigenen Gesetzgebung, soweit das Grundgesetz nichts anderes regelt (Art. _____). Bundesgesetze haben Vorrang (Art. _____). Das Grundgesetz unterscheidet (Art. _____) zwischen: Ausschließliche Gesetzgebung (geregelt in Art. _____) und konkurrierende Gesetzgebung (geregelt in Art. _____).

➡ 2. Wer ist wofür zuständig? Ordnet die untenstehenden Aufgaben den Zuständigkeiten in der Tabelle zu.

— **Tipp:** Ihr geht am besten die einzelnen Artikel im Grundgesetz nacheinander durch (**Art 73 und 74**) und überlegt, wie diese Aufgaben zugeordnet werden können:

~~Staatsangehörigkeit~~ / ~~Vereinsrecht~~ / Jagdwesen / Außenpolitik / Verteidigung / Strafrecht / Passwesen / Geldwesen / Abfallwirtschaft / Naturschutz

— Bund

Ausschließliche Gesetzgebung

Konkurrierende Gesetzgebung

Staatsangehörigkeit

Vereinsrecht

2 Sinn oder Unsinn?

Wenn Familien mit schulpflichtigen Kindern in Deutschland von einem Bundesland in ein anderes umziehen, werden sie unmittelbar mit dem Bildungsföderalismus konfrontiert. Aber was heißt das eigentlich genau?

➡ 1. Führt dazu ein Rollenspiel durch:

Setting: Ihr seid eine fünfköpfige Familie (Eltern und drei Kinder in Klasse 7, 5 und 2), die von einem Bundesland in ein anderes umziehen muss. Beim Abendessen bespricht die Familie, was auf sie zukommt.

➡ 2. Um besser Familienrat halten zu können, solltet ihr vorab sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch die Schulformen und Lehrpläne in beiden Bundesländern vergleichen (www.kmk.org/dokumentation-statistik/rechtsvorschriften-lehrplaene.html). Bearbeitet dazu folgende Fragen:

- Wer ist für die Bildung zuständig? Bund oder Land? Tipp: **Art. 30, Art. 70 GG**
- Welche historische Begründung gibt es dafür?
- Findet ihr die Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern bei der Bildung heute richtig?



Das Föderalismusquiz – Wer wird Millionär?

➡ Ihr kennt die Spielregeln:

Ihr habt drei Joker:

1. Wer nicht weiter weiß, kann vom Lehrer zwei falsche Antworten streichen lassen.
2. Ihr könnt alle in der Klasse abstimmen lassen.
3. Ihr könnt das Grundgesetz für eine Lösung zu Rate ziehen.

Wer am Ende alle Fragen richtig beantwortet hat, darf sich Föderalismus-Experte nennen.



1. Was bedeutet Föderalismus?

- ☐ a) Die Bundesländer erhalten staatliche Fördermittel für ihre Aufgaben.
- ☐ b) Die Begabten aller Bundesländer sollen gefördert werden.
- ☐ c) Einzelne Gliedstaaten bilden einen Bundesstaat.
- ☐ d) Souveräne Staaten schließen sich zu einem Staatenbund zusammen.

2. Was bedeutet Länderfinanzausgleich?

- ☐ a) Alle Länder erhalten einen gleichen Finanzbetrag vom Bund.
- ☐ b) Die westlichen Bundesländer unterstützen die östlichen Bundesländer.
- ☐ c) Die Finanzhaushalte der Bundesländer müssen ausgeglichen sein.
- ☐ d) Ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen Bund und Ländern soll gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herstellen.

3. In Bayern gibt es einen Bund der Königstreuen, der die Wiedereinführung der Monarchie fordert. Wäre das mit dem Grundgesetz vereinbar?

- ☐ a) Natürlich, England hat doch auch eine Königin.
- ☐ b) Natürlich nicht, denn Bayern ist gar kein eigener Staat.
- ☐ c) Aber ja doch, das Volk in Bayern kann frei entscheiden, welche Staatsform es will.
- ☐ d) Nein, das ist nicht möglich, weil die Länder über ihre Staatsform nicht frei verfügen können.

4. Wie heißen die beiden Fachbegriffe für die Verteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern?

- ☐ a) einschließliche und konkurrierende Gesetzgebung
- ☐ b) ausschließliche und konfligierende Gesetzgebung
- ☐ c) ausschließliche und konkurrierende Gesetzgebung
- ☐ d) einschließliche und konfligierende Gesetzgebung

5. Subsidiarität bedeutet:

- ☐ a) In der Politik herrscht das Prinzip der Unterwürfigkeit.
- ☐ b) Der Staat greift nur dann ein, wenn die jeweils tiefere politische Ebene die erforderlichen Leistungen nicht erbringen kann.
- ☐ c) Der Bund hat die Länder unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft zu unterstützen.
- ☐ d) Sparsame Länder werden besonders unterstützt.

6. Das wirtschaftsstärkste Bundesland ist:

- ☐ a) Bremen
- ☐ b) Bayern
- ☐ c) Nordrhein-Westfalen
- ☐ d) Baden-Württemberg

7. Die Gestaltung des Bildungswesens in Deutschland ist hauptsächlich Aufgabe ...

- ☐ a) ... des Bundes
- ☐ b) ... der Bundesländer
- ☐ c) ... der Europäischen Union
- ☐ d) ... der Gemeinden

8. Die Zahl der Bundesländer war nicht immer gleich. Mit wie vielen Bundesländern wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

- ☐ a) 9
- ☐ b) 10
- ☐ c) 11
- ☐ d) 12

9. Die Neugliederung des Bundesgebietes ...

- ☐ a) ... wird durch das Grundgesetz ermöglicht.
- ☐ b) ... wird von der EU gefordert.
- ☐ c) ... zielt auf die Abschaffung der Stadtstaaten.
- ☐ d) ... kann durch Bundestag und Bundesrat per Gesetz beschlossen werden.

10. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ...

- ☐ a) ... Staatenbund.
- ☐ b) ... Bundesstaat.
- ☐ c) ... Zentralstaat.
- ☐ d) ... Einheitsstaat.

— **Tipp:** 1 x A + 3 x B + 3 x C + 3 x D = die richtige Lösung



Sozialstaat – was sonst?

Bestimmt habt ihr schon einmal folgende Aussagen so oder so ähnlich gehört:

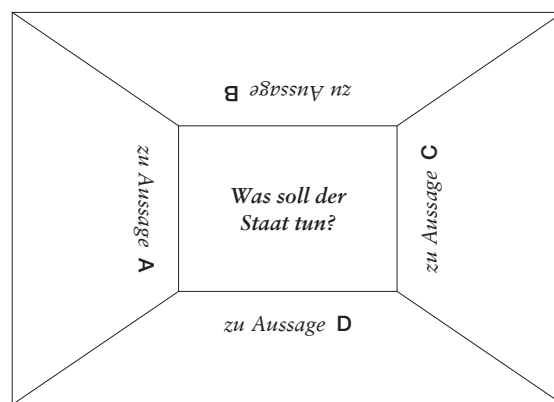
- A „Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll von seiner Rente leben können.“
- B „Es ist eine Schande, dass in Deutschland Menschen auf der Straße leben müssen.“
- C „Wer nicht für sein Alter vorsorgt, ist selbst daran schuld, wenn er dann keine großen Sprünge mehr machen kann.“
- D „Wer nicht arbeiten will, soll auch kein Geld vom Staat bekommen.“

➡ 1. Was haltet ihr von diesen Aussagen? Bestimmt eure Position mit Hilfe der **Placemat-Methode**.

Setzt euch dazu in Gruppen zu vier Personen zusammen und schreibt auf ein Placemat (Platzdeckchen/Plakat, *Muster rechts*) eure Position zu jeder der Aussagen. Wenn ihr mit einer fertig seid, dreht das Placemat eine Position weiter. Wenn ihr mit allen vier Aussagen fertig seid, schreibt ihr in die Mitte eure Zusammenfassung zur Frage: „Was soll der Staat tun?“.

— **Tipp:** Mehr zur Placemat-Methode erfährst du unter www.bpb.de/lernen/155248.

Wahrscheinlich konntet ihr keine völlige Einigkeit zu allen Aussagen erzielen. Das ist auch in der Politik so, z.B. bei den folgenden Fragen:



- A In welcher Höhe muss das Existenzminimum für einen Menschen vom Staat gesichert werden und wie soll dieser Betrag bestimmt werden?
- B Soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden und welche Höhe sollte es haben?
- C Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichergestellt werden und welche Mittel sollen bzw. müssen dafür aufgewendet werden?

Dabei gilt doch grundsätzlich, dass durch das Sozialstaatsprinzip und die Menschenwürdegarantie jeder Mensch ein Grundrecht auf das Existenzminimum und gesellschaftliche Teilhabe hat.

➡ 2. Bearbeitet gemeinsam eine der Aufgabenstellungen oder arbeitsteilig alle drei:

1. Diskutiert, welche Güter wichtig sind, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Geht es dabei nur um das Überleben (Nahrung, Kleidung, Wohnung) oder sind noch andere Dinge notwendig?

Recherchiert zu dieser Frage nach den gesetzlichen Grundlagen (Stichwort: Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz).

2. Heute muss man, um Sozialhilfe zu erhalten, nachweisen, dass man bedürftig ist. Wäre es nicht einfacher, wenn der Staat jedem Menschen einfach den Geldbetrag auszahlt, den man für ein menschenwürdiges Leben braucht?

Recherchiert zu dieser Frage nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ und diskutiert, was dafür und was dagegen spricht.

3. Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland u.a. sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderung innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern (Art. 24 IIb BRK).

Recherchiert zu dieser Verpflichtung, was damit gemeint ist und diskutiert, wie sie konkret umgesetzt werden kann.





Der Rechtsstaat in Anwendung

Der nachfolgende Fall hat sich so nicht ereignet, er ist aber einem realen Fall nachgestaltet und damit nicht rein fiktiv.

➔ 1. Markiert im Text farblich alle Aspekte, die eurer Meinung nach das Verfassungsprinzip der Rechtsstaatlichkeit ausmachen.

— Die Chronologie der Ereignisse (Zusammenfassung)

Tatbergang:

Aus Geldnot entführt ein Mann das Kind einer bekannten Familie, um von den wohlhabenden Eltern Lösegeld zu erpressen. Das Kind kommt schon zu Beginn der Entführung ums Leben. Es erstickt an seiner Knebelung.

Trotz des Todes seines Opfers fasst der Entführer einen Erpresserbrief und fordert eine hohe Geldsumme. Die Familie schaltet die Polizei ein.

Zwei Tage nach der Entführung erfolgt die Geldübergabe. Die Polizei beobachtet den Vorgang, greift aber nicht ein, um das Leben des Kindes nicht zu gefährden. Erst am nächsten Tag wird der Entführer auf einem Flughafen verhaftet, als er das Land verlassen will.

Der Entführer leugnet zunächst über mehrere Tage die Tat. Da die Polizei davon ausgeht, dass die Tatbeteiligung des Mannes zweifellos feststeht und das Kind noch lebt, sich aber in höchster Lebensgefahr befindet, appellieren die Vernehmungsbeamten zunächst an das Gewissen des Entführers, den Aufenthaltsort des Opfers zu nennen. Als das nicht fruchtet, wird dem Entführer von einem Polizeibeamten angedroht, ihm gezielt Schmerzen zuzufügen, damit er sich äußere. Darüber lässt der Vernehmungsbeamte einen Aktenvermerk anfertigen. Nach dieser Androhung gibt der Entführer zu, dass das Kind tot sei und nennt den Ort, an dem er die Leiche versteckt hat. Dort findet die Polizei die Leiche des Kindes. Der Mann wird wegen Entführung und Mord angeklagt.

Weiterer Verlauf:

Der Polizeibeamte informiert die Staatsanwaltschaft über sein Vorgehen. Auch dem Verteidiger des Angeklagten wird der Aktenvermerk bekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Polizeibeamten wegen des Verdachts der Nötigung im Amt.

Gerichtsverfahren gegen den Entführer:

Ein halbes Jahr nach der Tat beginnt der Prozess gegen den Entführer. Das zuständige Landgericht stellt fest, dass die Androhung während der Vernehmung, dem Beschuldigten Schmerzen zuzufügen, verfassungswidrig sei. Die Hauptverhandlung findet trotzdem statt, aber alle Aussagen, die auf die Androhung zurückzuführen sind, dürfen nicht verwertet werden.

Kurz nach Beginn der Verhandlung legt der Angeklagte nach ausdrücklicher Belehrung über eine mögliche Unverwertbarkeit seines früheren Geständnisses vor Gericht ein umfassendes Geständnis ab. Am Ende des Prozesses wird er wegen Mordes und erpresserischem Menschenraub zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht stellt die besondere Schwere der Schuld fest.

Verfahren gegen den Polizeibeamten:

Schon vor Beginn der Gerichtsverhandlung gegen den Entführer erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Polizeibeamten. Am Ende des Gerichtsverfahrens vor dem zuständigen Landgericht spricht dieses eine „Verwarnung mit Strafvorbehalt“ wegen

schwerer Nötigung aus. Für den Fall eines Bewährungsverstoßes droht dem Beamten eine Geldstrafe von 10.800 Euro.

Fortgang des Falls:

Ein knappes Jahr nach der Verhandlung vor dem Landgericht wird das Urteil gegen den Entführer rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof (BGH) verwirft die Revision als unbegründet. Die Verteidigung hatte vorgebracht, dass das gesamte Verfahren eingestellt hätte werden müssen, weil die Androhung der Polizei gegen den Entführer ein Prozesshindernis darstelle.

Aber die Richter des BGH sehen keine rechtliche Veranlassung, sich mit der Auswirkung der Androhung auseinanderzusetzen, da der Angeklagte in der Hauptverhandlung das Verbrechen gestanden hatte.

Der Verurteilte wendet sich daraufhin an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dieses nimmt diese Verfassungsbeschwerde gegen seine Verurteilung nicht zur Entscheidung an, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat. Das Landgericht habe die Situation rechtlich korrekt bewertet und die unter der Gewaltandrohung gemachten Aussagen bewusst nicht verwertet. Die Hauptverhandlung habe daher stattfinden dürfen.

Der Angeklagte wendet sich in der Folge an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Dessen Kleine Kammer entscheidet knapp vier Jahre nach

Ende des Prozesses vor dem Landgericht, dass der Verurteilte zwar wegen der Androhung von Schmerzen Opfer einer unmenschlichen Behandlung geworden sei. Jedoch habe die deutsche Justiz das schon geahndet. Zudem sei sein Recht auf ein faires Verfahren gewahrt worden, da sich seine Verurteilung auf das Geständnis vor Gericht gestützt habe, das er freiwillig abgelegt habe.

Da dieses Urteil der Kleinen Kammer des EGMR nicht einstimmig gefällt wurde, kann die Große Kammer des EGMR in Straßburg vom Verurteilten angerufen werden. Nachdem das geschehen ist, revidiert sie die Entscheidung der Kleinen Kammer in Teilen. Das Recht des Verurteilten auf ein faires Verfahren sei nicht verletzt, aber die unmenschliche Behandlung bisher nicht genügend bestraft worden. Außerdem sei der mögliche Anspruch des Verurteilten auf Entschädigung von deutschen Gerichten noch immer nicht abschließend geprüft worden.

Abschluss des Falls:

Das zuständige Landgericht spricht dem Verurteilten kein Schmerzensgeld, jedoch eine Entschädigung von 3.000 Euro zu, da Beamte des Landes die Menschenwürde des Klägers schwerwiegend schuldhaft verletzt hätten. Das zuständige Oberlandesgericht verurteilt das Bundesland, in dessen Dienst die Beamten gestanden haben, rechtskräftig zur Zahlung der Entschädigung an den verurteilten Kläger.

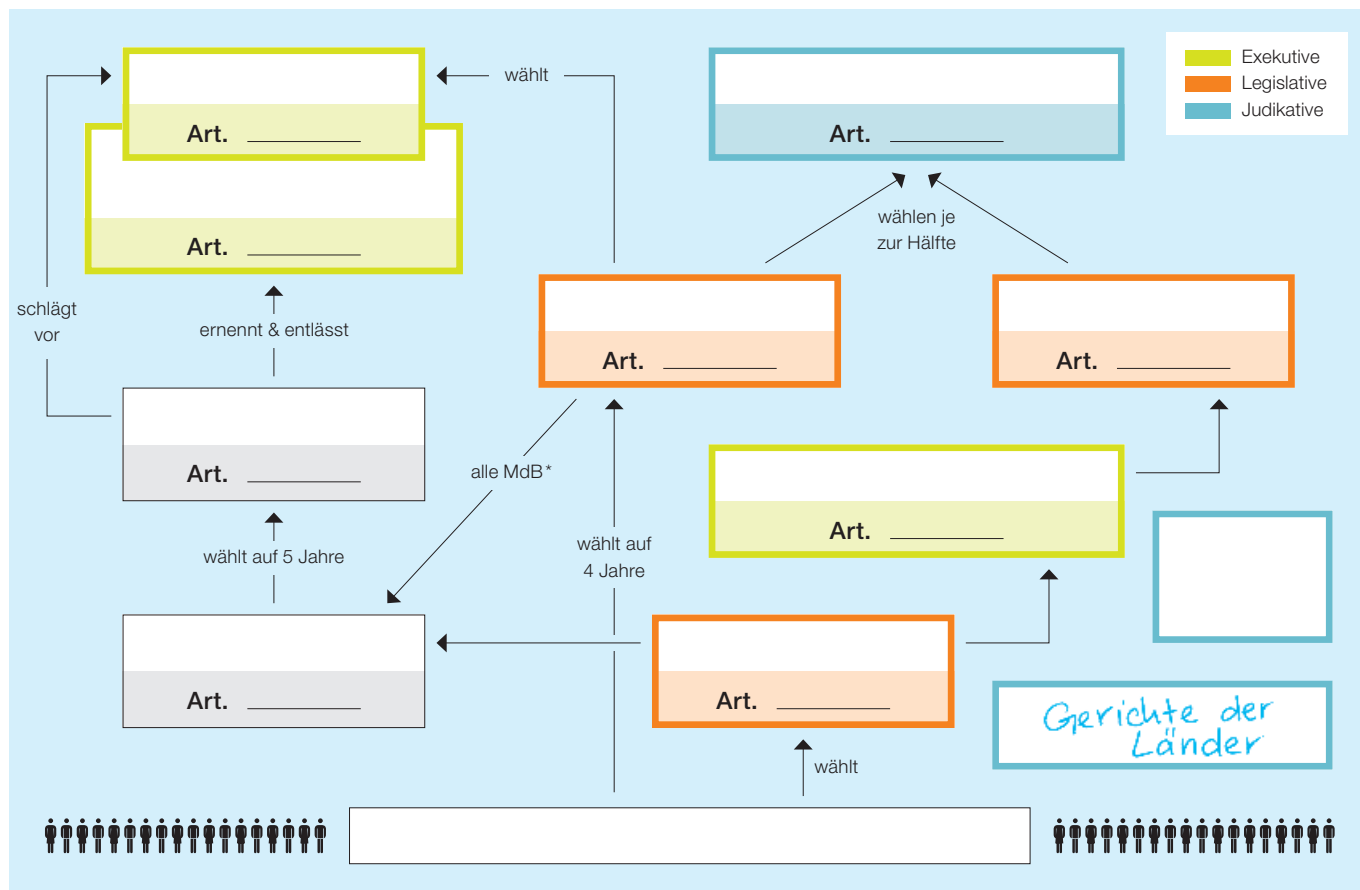
➔ 2. Was denkt ihr von dem Fall?

- War die Androhung von Schmerzen im vorliegenden Fall tatsächlich Folter und wurde der Entführer damit Opfer einer unmenschlichen Behandlung? Sammelt in Partnerarbeit Pro- und Contra-Argumente und tauscht euch dazu im Plenum aus.
- Wird das Urteil gegen den Polizeibeamten dem Fall gerecht? Hättet ihr auch so entschieden? Wenn ja, warum? Wenn nein, wie dann und warum so? Sammelt dazu in Partnerarbeit Argumente und tauscht euch dazu im Plenum aus.
- Nicht nur am Stammtisch wird häufig der Standpunkt vertreten, dass der Rechtsstaat sich selbst zu starke Fesseln auferlegt und damit in manchen Fällen nicht mehr handlungsfähig sei. Ist das der „Preis des Rechtsstaats“? Und muss man ihn „zahlen“? Erörtern diese Fragen auch unter Einbeziehung der Geschichte Deutschlands und neuerer Bedrohungen, wie z.B. Internetkriminalität oder internationaler Terrorismus.



Verfassungsorgane und Gewaltenteilung

— Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland



Die Ausübung staatlicher Gewalt hat das Grundgesetz besonderen Organen anvertraut: der **vollziehenden Gewalt** (= Exekutive), der **Gesetzgebung** (= Legislative) und der **Rechtsprechung** (= Judikative). In ihrer Gesamtheit verkörpern sie die rechtstaatliche, demokratische und bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes.

* Mitglieder des Bundestages

Exekutive

Auf Vorschlag des Bundespräsidenten wählt der Bundestag mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder den **Bundeskanzler**. Die vom Bundeskanzler ausgewählten Mitglieder der Bundesregierung werden auf seinen Vorschlag vom Bundespräsidenten ernannt oder entlassen.

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Er kann nur durch ein sogenanntes Misstrauensvotum abgewählt werden, dann nämlich, wenn der Bundestag mit der erforderlichen Mehrheit einen neuen Bundeskanzler wählt.

Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes liegt beim **Bundespräsidenten**, der von der Bundesversammlung mit absoluter Mehrheit auf fünf Jahre gewählt wird. Die **Bundesversammlung** besteht aus den Bundestagsabgeordneten und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Landesparlamenten gewählt werden.

Legislative

Oberstes gesetzgebendes Organ ist der **Deutsche Bundestag**, dessen Abgeordnete alle vier Jahre in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl unmittelbar vom Volk gewählt werden.

Durch den **Bundesrat**, der das *föderative* Element im Staatsaufbau verkörpert, wirken die Länder an der Gesetzgebung mit. Im Gesetzgebungsverfahren ist je nach Art des Gesetzes seine Zustimmung erforderlich oder zumindest sein Einspruch möglich.

Judikative

Die Ausübung der rechtsprechenden Gewalt liegt bei den Gerichten der Länder, den Bundesgerichten und dem **Bundesverfassungsgericht**. Dieses gilt als Hüter des Grundgesetzes und besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Sie werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt.

➡ Lest den Text sorgfältig und tragt anschließend die folgenden Begriffe in die entsprechenden Lücken des Schaubildes ein. Schlagt zur Überprüfung im Grundgesetz nach und schreibt die Ziffer des Artikels, in dem die Wahl oder die Zusammensetzung des jeweiligen Verfassungsorgans geregelt ist, in die darunter stehenden Kästchen.

Bundesverfassungsgericht / Bundestag / Bundeskanzler / Landesparlamente / Landesregierungen / Gerichte der Länder / wahlberechtigte Bevölkerung / Bundesrat / Bundesminister / Bundespräsident / Bundesgerichte / Bundesversammlung



Verfassungsorgane und Volkssouveränität

➡ 1. Verbinde die sechs Verfassungsorgane in der unten stehenden Tabelle mit den dazu gehörigen Umschreibungen und ordne die Fotos zu.



— Was ist was?

| Bild Nr. | Verfassungsorgane | Umschreibung / Definition | |
|----------|--------------------------|---------------------------|--|
| | Bundestag | • | Hüter des Grundgesetzes |
| | Bundesregierung | • | Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland |
| | Bundesrat | • | Wahlgremium, das das Staatsoberhaupt wählt |
| | Bundesverfassungsgericht | • | Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland |
| 3 | Bundespräsident | • | Das mit der Leitung des Staates beauftragte Verfassungsorgan |
| | Bundesversammlung | • | Bundesorgan, durch das die Bundesländer bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken |

➡ 2. Welches Verfassungsorgan wird direkt vom Volk gewählt? Ergänze Ziffer und Namen.

Direkt gewählt wird Nr. :

➡ 3. Immer, wenn die Wahl des Bundespräsidenten ansteht, werden Forderungen laut, dass auch dieses Amt direkt vom Volk gewählt werden soll. Was denkt ihr darüber?

Organisiert dazu eine **Pro-Contra-Debatte**. Berücksichtigt dabei auch die Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten nach dem Grundgesetz. Verwendet zur Recherche in einer html- oder Text-Datei des Grundgesetzes die Suchfunktion eures Browsers oder eures Textverarbeitungsprogramms. Welche Folgen hätte eine Direktwahl z.B. für das mögliche Amtsverständnis des Bundespräsidenten?

— **Tipp:** In der Methoden-Kiste werden verschiedene Diskussionsmethoden – wie beispielsweise die Pro-Contra-Debatte – erklärt: www.bpb.de/36913.



Der Bundestag – Mittelpunkt der Demokratie?

1 Aufgaben des Parlaments

➡ Lest die folgenden vier Texte und ordnet die Begriffe entsprechend zu:

Gesetzgebung: ☐ / Kontrolle von Regierung und Verwaltung: ☐ / öffentliche Debatten: ☐ / Wahlfunktion: ☐

A Der Bundestag (Legislative) hat die Bundesregierung (Exekutive) zu überprüfen und zu kontrollieren. Die Kontrolle der Regierung und die öffentliche Kritik an ihrer Arbeit werden aber in erster Linie von der Opposition ausgeübt, zumindest im Plenum des Bundestages. Die Fraktionen, die die Regierung unterstützen, die Parlamentsmehrheit oder Koalitionsfraktionen, vermeiden nach außen sichtbare Kritik an ihrer Regierung. Hinter verschlossenen Türen jedoch, in den internen Fraktionssitzungen, findet auch eine kritische Betrachtung und Kontrolle der Regierungspolitik statt. Die wichtigsten Kontrollmittel, die vor allem von den Oppositionsfraktionen eingesetzt werden, sind: Große und Kleine Anfragen, Fragestunden und Aktuelle Stunden, Untersuchungsausschüsse, Anhörungen. Damit kann die Regierung zur Auskunft, Stellungnahme und Rechenschaft gezwungen werden.

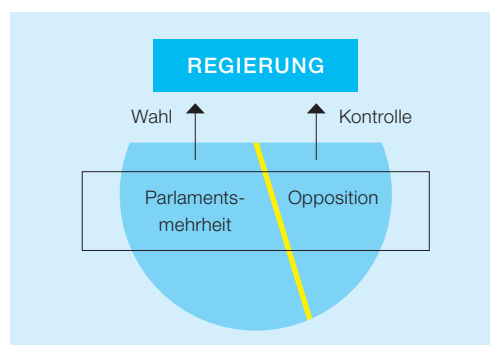
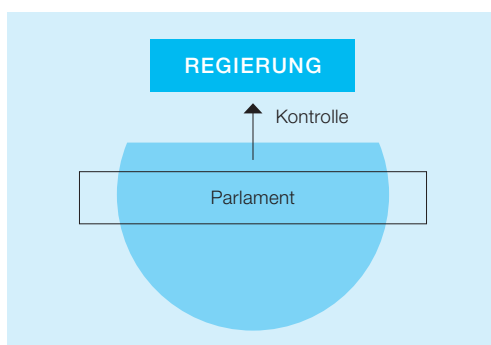
B Die Abgeordneten eines Parlamentes geben die ihnen übertragene Staatsgewalt an andere Organe weiter, indem sie z.B. Mitglieder der anderen Gewalten wählen. So wählen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages z.B. den Bundeskanzler* oder zusammen mit dem Bundesrat die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (über einen „Wahlmännerausschuss“).

C Das Parlament steht als gesetzgebende Gewalt im Zentrum der politischen Ordnung. Gesetze können nur von ihm beschlossen werden. Dies ist eine Hauptaufgabe eines Parlaments. Gesetzentwürfe werden in den internen Arbeitskreisen der Fraktionen und in den Ausschüssen des Parlaments behandelt und in zwei oder drei Lesungen im Plenum des Bundestages diskutiert und beschlossen.

D Das Parlament ist der Ort, wo unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen gesellschaftlicher Fragen zum Ausdruck gebracht werden und debattiert werden. Dabei sollen durch Abgeordnete die verschiedenen Standpunkte und Interessen, die in der Bevölkerung vorhanden sind, artikuliert werden. Demokratie bedeutet auch, wichtige gesellschaftliche Entscheidungen erst nach einer solchen öffentlichen Debatte im Parlament zu treffen.

2 Auf den zweiten Blick

— Klassische Gewaltenteilung



➡ 1. Vergleiche die beiden Strukturzeichnungen. Welche entspricht mehr der deutschen Verfassungswirklichkeit? Und welche Überschrift würdest du für das rechte Schema wählen?

➡ 2. Die rechte Strukturzeichnung ist stark vereinfacht. Man kann auch die Meinung vertreten, dass die Kontrolle der Regierung durch ihre Regierungsmehrheit im Parlament nicht geringer ist als die der Opposition. Recherchiert dazu auf der Homepage des Bundestages (www.bundestag.de) die Gremien und Instrumente der Regierungskontrolle und überlegt euch im Plenum, wie diese jeweils von Regierungsmehrheit und Opposition genutzt werden können.

— Gewaltenverschränkung

In Art. 20 II GG werden die drei Staatsgewalten genannt: „besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung“ – also: **Legislative**, **Exekutive** und **Jurisdiktion** / **Judikative**.

In der Verfassungswirklichkeit arbeitet die Parlamentsmehrheit eng mit der Regierung zusammen. Bundeskanzler* und Minister* sind fast immer auch Abgeordnete des Bundestags. Zudem hat z.B. auch die Exekutive begrenzte legislative Befugnisse (Art. 80 GG) und manche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts entfalten Gesetzeskraft.



Die Gesetzgebung – das Verfahren

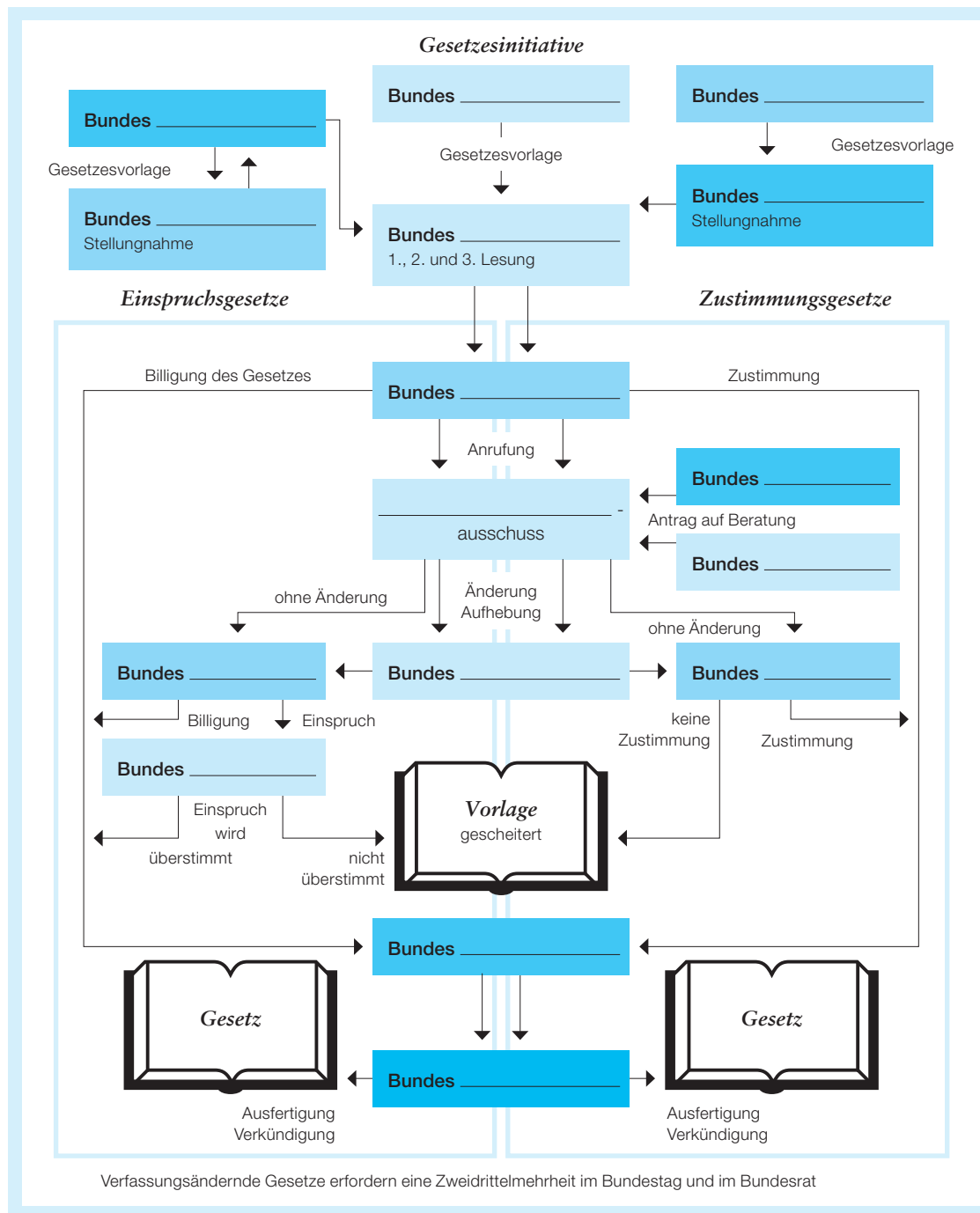
➡ 1. Lest die folgenden Artikel und tragt sie in die Leerstellen auf der rechten Seite des Schaubilds ein:

76 I / 76 II, III / 77 I / 77 II / 77 IIa / 77 III /
77 IV / 78 / 79 II / 82

➡ 2. Ergänzt auch die Lücken im Schaubild mit den korrekten Begriffen:

Bundes -tag (5x) / -rat (5x) / -regierung (4x) / -präsident (1x) /
Vermittlungsausschuss (1x)

— Ein Gesetz entsteht



Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

Art. _____

➡ 3. Das ist ganz schön kompliziert. Ginge es auch einfacher? Warum hat man dieses Verfahren wohl gewählt?

— **Tipp:** Denkt dabei an die Verfassungsprinzipien.